

Titel der Drucksache:

OB fordert von Land Strategie, Zeitplan und Budget für regionale Park- sowie und Bike- & Ride Parkplätze

Drucksache

0261/20

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr	18.02.2020	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	11.03.2020	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, bei der Landesregierung Strategie, Zeitplan und Budget für die Prüfung und Errichtung von regionalen Park- sowie Bike&Ride Parkplätzen einzufordern.

27.01.2020, gez. i. A. Birgit Meusel

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2020	2021	2022	2023
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Bei der Suche, die Stadt in Sachen Verkehrsaufkommen zu entlasten, verwies die Verwaltung im entsprechenden Ausschuss BUVK auf notwendige, regional verankerte Lösungen und Flächen für P&R. Während m Koalitionsvertrag zwischen den Parteien (Linke, Grüne, SPD) für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtages unter Punkt 10. Mobilität und Verkehr auf die "Unterstützung" zur "Einrichtung weiterer Pendler- und Park- sowie Bike- & Ride-Parkplätze" verwiesen wurde, findet sich dieses Thema im aktuell vorliegenden Koalitionsvertrag nicht wieder. An diesen Punkt gilt es aus Sicht des Stadtrates nun zeitnah und dringlich nachzuhaken. Der OB wird beauftragt, beim Land darauf zu drängen, dass die interkommunale Kommunikation und Gesprächsführung bei der Suche nach regionalen Lösungen von der Landesregierung aktiv unterstützt wird. Der OB wird beauftragt, beim Land eine Strategie, einen Zeitplan und ein konkretes Budget für diese Maßnahmen anzufragen.